

Wirtschaft muss von der Politik lernen

AKTIONÄRE «Verwaltungs-räte müssen in Kampfahlen gewählt werden», sagt Reiner Eichenberger. Das heizt die Stimmung vor der Generalversammlung von Novartis an.

INTERVIEW JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

Reiner Eichenberger, die hohe Abgeltung für Daniel Vasella, damit dieser nicht zur Konkurrenz geht, sorgte für Diskussionen. Ihre persönliche Meinung zu dieser Geschichte?

Reiner Eichenberger: Von Manager, die ihr Geld wirklich wert sind, müsste man eigentlich ein besseres Gespür erwarten. Aber vor allem der Verwaltungsrat setzte mit der Abgeltung ein schlechtes Zeichen.

Wieso?

Eichenberger: Wenn man damit verhindern wollte, dass er zur Konkurrenz geht und Geschäftsgeheimnisse ausplaudert, hätte man das klüger mit juristischen Mitteln getan: Solche Mitarbeiter gehören nicht belohnt, sondern bestraft. Wenn man damit verhindern wollte, dass er sein Wissen und seine Fähigkeiten bei der Konkurrenz einbringt, müsste man konsequenterweise möglichst viele Manager der Konkurrenz vor der Nase wegkaufen. Doch niemand glaubt, dass das eine gute Strategie wäre. Zudem gibt es sicher Leute, die von Novartis weggehen, die über einzelne Produkte sehr viel mehr wissen als Vasella, aber trotzdem nicht entschädigt werden. Folglich stecken wohl andere Motive hinter der Entschädigung.

Soll sich der Staat bei den Managerlöhnen überhaupt einmischen? Es sind ja private Firmen, die mit ihrem Geld machen können, was sie wollen.

Eichenberger: Löhne sind nicht die entscheidende Grösse, wenn man sie mit den Folgen von Fehlinvestitionen, missglückten Fusionen oder verschleppten Nachfolgeregelungen vergleicht. Aber die Kosten trägt am Ende der Aktionär. Und hier liegt genau das Problem: Gerade der Kleinaktionär kann sich häufig nicht wehren.



Sicher werden Aktionäre am Freitag ihre Anliegen an der Generalversammlung von Novartis vorbringen wie hier an der letzten GV.

EQ/Moritz Hager

Wie könnten die Aktionärsrechte in Ihren Augen gestärkt werden?

Eichenberger: Aktionäre haben häufig Schwierigkeiten, sich zu organisieren und durchzusetzen. Sie müssten einfachere Möglichkeiten haben, auf die Traktanden einer Generalversammlung Einfluss zu nehmen. Häufig sind die Hürden für Kleinaktionäre zu hoch.

Müsste man also die Hürden für Anträge senken?

Eichenberger: Einerseits ja. Andererseits ist es für den Kleinaktionär auch zu anstrengend, persönlich an jede Generalversammlung zu gehen. Deshalb müsste es die Möglichkeit geben, seine Stimmen für sämtliche Aktien an eine Organisation abzutreten, die sich gewisse unternehmensstrategische und aktionärspolitische Grundsätze auf die Fahne schreibt. So könnte ich als Aktionär eine Organisation als meinen Vertreter wählen, genauso wie ich politische Parteien wähle. Sei es auf Zeit oder bis auf Widerruf.

Verstehe ich das denn richtig? Der Aktionär würde seine Stimmrechte einer Organisation übertragen, und diese würde ihn dann an sämtlichen Generalversammlungen entsprechend vertreten.

Eichenberger: Genau. Und der Aktionär könnte dann wählen, ob er sein Stimmrecht einer Organisation anvertraut, die auf möglichst faire Löhne, ökologische Produktion oder Gewinnmaximierung setzt. Und noch etwas kann die Wirtschaft von der Politik lernen. Verwaltungsräte müssen in echten Kampfahlen gewählt werden. Klar kann man heute einzelne Verwaltungsräte abwählen, aber eine wirkliche Auswahl gibt es selten. Es sollten grundsätzlich mehr Leute zur Auswahl stehen, als es Sitze zu vergeben gibt.

Und was ist mit den Leuten, die dann nicht gewählt werden?

Eichenberger: Die können sich bei einem anderen Verwaltungsrat zur Wahl stellen. Mit diesen Leuten darf man nicht zu viel Mitleid haben. Heute herrscht die Einstellung vor, dass das ein Genickbruch ist für einen Verwaltungsrat, wenn er abgewählt – oder nicht gewählt – wird. Doch in der Politik funktioniert das ja auch: Wer nicht gewählt wird, kandidiert ja trotzdem wieder.

Verwaltungsräte sollten also vermehrt zu Politikern werden?

Eichenberger: Nicht in ihrer Arbeit, aber in der Art und Weise, wie sie gewählt werden. Sie müssen sich eine Reputation schaffen. Natürlich sind Kampfahlen anstrengend, das ist in der Politik nicht anders. Trotzdem würde niemand behaupten, dass Wahlen ohne eine echte Auswahl besser wären.

Würden es Kampfahlen auch für die externen Kontrollorgane, also die Rechnungsprüfer, brauchen?

Eichenberger: Ja, unbedingt. Diese segnen häufig nur ab, was ihnen der Verwaltungsrat vorgibt. Auch hier bräuchte es mehr Wettbewerb. Kontrollorgane könnten sich den Ruf erarbeiten, auch wirklich zu kontrollieren.

Kampfahlen sind schon möglich.

Eichenberger: Ja, aber sie sind sehr aufwendig zu organisieren, gerade für Kleinaktionäre ist das praktisch unmöglich, einen echten Kampfkandidaten zu präsentieren. Das wäre anders, wenn die Kampfwahl zu einem allgemeinen Standard würde.

Sind Sie eigentlich für oder gegen die Abzockerinitiative?

Eichenberger: Bei der Abzockerinitiative handelt es sich um einen Verfassungstext. Es ist noch sehr unklar, wie er umgesetzt würde. Das kann man der Initiative als Nachteil auslegen, es könnte aber auch ein Vorteil sein.

Höre ich da eine gewisse Sympathie für die Initiative heraus?

Eichenberger: Ich sage es mal so: Wenn die Initiative flexibel umgesetzt wird, birgt sie durchaus Chancen. Sie würde sicher nicht so heiss gegessen, wie sie momentan gekocht wird. Der Bundesrat hätte die Chance, sie vernünftig auszugestalten und genau in die Richtung zu gehen.



ZUR PERSON

Reiner Eichenberger, Jahrgang 1961, ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg.